

Tabqa auf dem Weg zur Freiheit

Die Demokratischen Kräfte Syriens QSD haben sechs weitere Stadtteile in Tabqa vom IS befreien können. Der größte Teil der Stadt befindet sich bereits unter der Kontrolle der FreiheitskämpferInnen.

Die am 21. März 2017 gestartete Offensive auf Tabqa zur Befreiung vom IS ist fast abgeschlossen, das Ziel ist fast erreicht und die Offensive kann in Kürze abgeschlossen werden. Sowohl am Tag, als auch in der Nacht kämpften sich die FreiheitskämpferInnen von Haus zu Haus, von Straße zu Straße vorwärts. So haben sie das Stadtzentrum erreicht.

Am Samstag wurden in Tabqa die Stadtteile El-Mehaci, El-Büserab, Ebû Êş, Keniseya Asûriyan, El-

Kesara und El-Mishir vom IS befreit. Die KämpferInnen der QSD haben mit einer Durchsuchungsoperation in diesen Stadtteilen begonnen.

Nach erhaltenden Informationen wurden bei den Gefechten 14 Mitglieder des IS getötet. Die IS-Banden, die sich im östlichen Teil der Stadt zurückgezogen haben, sind eingeschlossen und umzingelt. Zurückgeblieben sind jede Menge unterschiedliche Arten von Waffen und Munition, darunter eine große Anzahl von AK-47 Gewehre, BKC, B-7 Raketenwerfer und Raketenkörper, sowie weitere Werkzeuge, Zubehör und Munition, was von den QSD sichergestellt werden konnten. Selbst Flammenwerfer aus türkischer Produktion wurden gefun-

den. Diese werden von der türkischen Armee genutzt.

Einer der Kämpfer der QSD, der an der Befreiung von Tabqa ihren teilnimmt, ist Kendal Qamişlo. Er erklärt, dass es ab jetzt in Richtung Freiheit geht: „Der IS ist im Osten eingeschlossen und umzingelt. Wir haben Tabqa zum größten Teil vom IS befreit und die Zivilisten in sichere Regionen geführt. Wir bringen das noch Verbliebene zu Ende und damit werden wir in Kürze die ganze Stadt befreit haben. Dann werden wir auch am Damm weiter vorstoßen. Die IS Banden sind zahlenmäßig nicht mehr viele. Die noch Verbliebene können eh keinen Widerstand mehr leisten.“

(ANF, 30.4., ISKU)

Salih Müslim: Flugverbotszone für Rojava

Der Kovorsitzende der Partei der Demokratischen Einheit (PYD) Salih Müslim hat sich in einem Interview mit der Nachrichtagentur Firatnews für eine Flugverbotszone über Rojava ausgesprochen. Im Folgenden veröffentlichen wir den Abschnitt des Interviews, in dem Müslim auf die Angriffe der Türkei auf Rojava und Şengal, sowie das Verbot der YPG/YPJ-Flagge in Deutschland eingeht:

Die Türkei hat bis heute schon mehrmals Rojava angegriffen. Doch zum ersten Mal hat sie nun solch einen Luftangriff geflogen. Wie müssen wir das bewerten? Beginnt eine neue Phase?

Es sticht schon hervor, dass der letzte Angriff der Türkei nach dem Referendum durchgeführt wurde. Mit dem Referendumsergebnis im Rücken will Erdogan sich selbst zum Sultan küren. Aus diesem Grund führt er solch einen Angriff aus, denn er will seine Kraft demonstrieren. Zuvor hat es in Afrin grenzüberschreitende Angriffe gegeben, und nun kam es zu dem Luftangriff. Ohne Zweifel wurden diese Ziele zuvor ausgewählt. Es war bekannt, dass in Qereqox (Karakoc) das Hauptquartier der YPG war. Auch die Ziele in Şengal wurden mit Bedacht ausgewählt. Insbesondere der Beschuss der Peshmerga stellt eine Message an alle Kurden dar. Es handelt sich um einen bewussten Angriff, mit dem Ziel die Kurden einzuschüchtern. Auch den internationalen Kräften, wie den USA und Russland, vermittelt Erdogan so die Nachricht: „Ich werde die Kurden ver-

nichten“. Das ist im Grunde ihr alter Plan. Wenn man all ihre Angriffe in jüngster Vergangenheit betrachtet, so sieht man, dass die Türkei immer angreift, sobald der IS an einem anderen Ort von uns in die Ecke getrieben wird.

Sie bewegen sich in Rojava und all-gemein in Syrien in Koordination mit der Internationalen Koalition. Insbesondere bei der Rakka Operation wurden durch diese Zusammenarbeit bedeutende Etappen erreicht. Was waren nun die Reaktionen dieser Kräfte auf die türkischen Angriffe. Aus der Presse ist keine ernsthafte Reaktion zu erkennen. Gab es ein besonderes Treffen mit diesen Kräften?

Die Türkei ist gerissen. Kurz vor dem Angriff erklärten sie in Richtung Russland und den USA, „da ist die PKK, ich werde sie angreifen“. Es gab praktisch nicht die Möglichkeit, darauf zu antworten. Der letzte Angriff wurde auch auf dieser Art und Weise gemacht. Russland und die USA haben es nicht akzeptiert. Es gibt auch einige Reaktionen, die in den Medien wiedergegeben wurden. Soweit ich weiß, hat auch der US-Botschafter in Ankara eine Reaktion gezeigt. Auch US-Kommandanten haben vor Ort Untersuchungen durchgeführt. Sie haben ihre Reaktionen zu Wort gebracht. Aber natürlich nicht auf dem Niveau, auf welchem wir es erwarten. Nach diesen Angriffen verlangt die Bevölkerung von Rojava die Ausrufung einer Flugverbotszone über den Luftraum von Rojava. Wenn keine Flugverbotszone ausgerufen wird, werden die Angriffe von Erdogan andauern.

Was verlangen sie?

Wir wollen eine Flugverbotszone. Wir wollen, dass die Türkei sich vollständig aus Rojava und Syrien zurückzieht. Wir wollen, dass sie sich nicht einmischet. Ihr Plan ist es nämlich, dort alles durcheinanderzubringen. Wir wollen, dass die Türkei ihre Hände aus Syrien zurückzieht. Die YPG und YPJ ist heute auf der ganzen Welt zu einem Symbol geworden. Doch Deutschland hat diese Symbole verboten. Wie kommentieren sie das?

Heute ist die gesamte Welt, die europäische Öffentlichkeit mit eingeschlossen, auf der Seite der Kurden. Alle zeigen ihre Solidarität. Doch wenn man den politischen und staatlichen Nutzen betrachtet, sieht es anders aus. Großbritannien verkauft eine Menge an Waffen an die Türkei. Dies gilt auch für Deutschland. Um diese Interessen zu schützen, tun sie solche Dinge. Doch wir wissen, dass diese Symbole auf der ganzen Welt getragen werden. Wenn sie mit Fahnenverboten den Terrorismus unterbinden wollen, glaube ich, muss Deutschland zu allererst die türkische Flagge verbieten. Denn die Türkei agiert gemeinsam mit dem Terrorismus. Sie bauen Camps und Lager für terroristische Gruppen und unterstützen sie. Aus diesem Grund muss zuallererst die Flagge der Türkei verboten werden. Diese Verbote sind nicht rechens. Wir hoffen, dass Deutschland diesen Fehler rückgängig macht. Es ist eine unhaltbare und lächerliche Entscheidung.

(ANF, 30.4., CA)

Meldungen:

Jinwar, ein Dorf von Frauen und für Frauen

In Rojava vollzieht sich eine Revolution. Und so scheint es auch nur natürlich, dass es ein Feld für verschiedene gesellschaftliche Experimente ist. Eine Gruppe von Frauen hat sich nun dazu entschlossen ein Dorf für Frauen zu schaffen. Sie haben den ersten Grundstein für Jinwar, so nennen sie ein Dorf für Frauen, gelegt. Jinwar entsteht in Rojava, im Kanton Cezir, nahe der Stadt Dirbêsiyê. Jinwar soll Frauen einen Freiraum bieten. Dîmen Evîn, eine der am Aufbau des Dorfes beteiligten Frauen weist darauf hin, dass es sich bei dem Jinwar nicht bloß um irgend ein weiteres Dorf handelt sondern, wie sie sagt, „Frauen eines Kultur- und Lebensraumes bedürfen, in dem sie ihre eigene Sprache entwickeln, in dem sie sich selber organisieren und in dem sie ihre eigene ökonomische Unabhängigkeit erlangen können“. Das Leben soll im Einklang mit der Natur stehen. Dazu gehört für sie auch, dass die Häuser aus ökologisch verträglichen Materialien bestehen. So ist derzeit die Errichtung von 30 Gebäuden geplant. Sie werden aus Lehm und Steinen gebaut. Gebaut von Frauen für Frauen. Ihr Traum ist es, sagt Dîmen Evîn, eine Gemeinschaft ohne Geld zu bilden. Auch der Handel mit den angrenzenden Dörfern und Städten soll auf Basis des Tausches stattfinden. Heute hört sich das noch wie eine Utopie an, aber morgen kann es schon Wirklichkeit sein.

(YÖP, 2.5., ISKU)

Straßenkontrollen KDP naher Gruppen bei Sinûnê

Sinûnê wurde am 3. März 2017 von der KDP und seinen nahstehenden Gruppen besetzt. Diese griffen damals die Bevölkerung an, die sich davon jedoch nicht beeindrucken ließen.

Ein Korrespondent des TV-Senders Çira TV, der sich aktuell in der Region befindet, meldet, dass die Straßen und Wege im Dorf Serfedin von KDP nahen Gruppen kontrolliert werden. Diese lassen die Bevölkerung nicht nach Sinûnê passieren. Ohne eine Vorwarnung oder einen Hinweis darauf, dass die Fahrzeuge von ZivilistInnen kontrolliert werden sollen, wurden nun zivile Fahrzeuge zu durchsucht. Die KDP kündigte zu vor an, dass Fahrzeuge der HPG, YBŞ und Asayiş des Êzîdxans die Region nicht passieren dürfen.

Erdogans neues Konzept

Nach dem Referendum hat sich die Kurdenpolitik des türkischen Staatspräsidenten weiter herauskristallisiert. Die Angriffe auf Qerecox und Shengal waren ein erneuter Beweis für seine Unterstützung für den sogenannten Islamischen Staat. Darüber hinaus verfolgt er auch weiterhin sein Bestreben, sich zum „Sultan des Mittleren Ostens“ zu küren. Bei jeder Möglichkeit spricht er von dem Fehler, den sie im „Nordirak“ zugelassen haben (gemeint ist die kurdische Autonomieregion in Südkurdistan/Nordirak, Anm. d. R.) und davon, dass er einen ähnlichen Fehler in Syrien nicht zulassen werde. Währenddessen werden aber Verantwortliche der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) in Istanbul empfangen. Diese denken, dass ihnen dadurch ein gewisser Wert beigegeben wird, weil sie vermeintlich die „guten Kurden“ sind, während die „schlechten Kurden“ darstellt. In diesem Rahmen kommen die KDP und AKP in einem Anti-Kurden-Bündnis zusammen.

Die KDP glaubt tatsächlich daran, dass die Türkei bei ihrem Angriff auf Shengal versehentlich auch Peshmerga-Kämpfer getötet hat. Doch allein die Tatsache, dass sie eine solche Behauptung aufstellen können, zeigt doch, dass die KDP selbst in die Angriffe verwickelt ist.

Die Angriffe auf Qerecox bezweckten das vorzeitige Ende

der Rakka-Offensive. Denn die AKP hat den USA schon mehrere Pläne für eine Operation auf die vermeintliche IS-Hauptstadt vorgelegt, in welchen die YPG ausgeklammert werden sollte. Diese Pläne wurden aber nicht akzeptiert. Der letzte Angriff stellt nun eine Message an die USA dar: Wenn ihr uns nicht involviert, dann finden wir schon einen Weg, uns selbst zu involvieren!

Auf der anderen Seite haben sie erwartet, dass die Kurden die USA aufgrund des Angriffes beschuldigen und somit die Rakka-Offensive stoppen werden. Daraufhin wären sie selbst aktiv geworden. Die Türkei wollte also Rakka, das mittlerweile fast vollständig von den Demokratischen Kräften Syriens (SDF) umzingelt wurde, einnehmen und den „Sieg“ auf ihr Konto verbuchen.

Die Pläne der Türkei liefen jedoch ins Leere. Nach Qerecox wurde der Einmarsch in Girê Spi (Tall Abyad) geprobt und Dirbeşpiye bombardiert. Nachdem auch dieser Plan nicht aufging, setzt Ankara erneut auf diplomatischen und wirtschaftlichen Verkehr. Erdogan spricht davon, dass er die gemeinsamen Bilder von US-Soldaten und YPGlern Donald Trump vorlegen wird. Als ob dieser die Bilder nicht kennt!

Auf der Tagesordnung sind auch wieder einmal die Syriengespräche in Astana. Wir wissen

absolut nicht, was Erdogan dieses Mal feilbieten wird! Die ganze „Opposition“ hat sich bereits ergeben, nachdem sie von Ankara fallengelassen wurde!

Das Seltsame ist, dass niemand fragt, warum sich diese Kreise ergeben. Jeder schweigt, als wäre man überzeugt davon, dass die „Opposition“ keinen „Sieg“ mehr einfahren könne. Man denkt sich, dass die Reste der Opposition zusammen mit dem IS oder Al-Nusra bestimmt untergehen werden. Die Türkei wird das aber nicht so einfach zulassen, denn noch immer sind ihre Interessen auf dem Spiel.

Die Türkei pflegt zwar bestimmte Beziehungen zur USA und Russland, allerdings tut sich immer mehr das Image des „ungezogenen Kindes“ auf. Die Probleme, welche die Türkei verursacht, erinnern an Kinder, die ihren Eltern nur „Kopfschmerzen“ bereiten. Jeder sagt ihm, er solle brav bleiben, aber er tut, was er für richtig hält. Die Frage ist, wie lange dieser Zustand noch weiter geht! Denn dieses ungezogene Kind hat mittlerweile alle Grenzen überschritten und macht den Spielverderber. Und dies führt unweigerlich zur Geduldsgrenze...

Erdogan muss verstehen, dass es nicht mehr so einfach ist, die Kurden anzugreifen. Er muss verstehen dass unser Kampf legitim ist. Dies ist mittlerweile jedem bewusst, bis auf eben der Türkei. (ÖD, 3.5., CA)

Allerdings wurde die Zivilbevölkerung nicht benannt.

Die Spannungen in Sinûnê halten weiter an. EziidInnen wird weiterhin der Einlass in die Ortschaft verboten.

(ANF, 2.5., ISKU)

Militärrat von Minbic wächst um weitere 275 KämpferInnen

Drei Monate lang haben Jugendliche an der Akademie Şehit Faysal Ebu Leyla an einer politischen und militärischen Ausbildung teilgenommen. Nun ist die Ausbildung von 275 KämpferInnen abgeschlossen. Sie haben sich gesamt dem Militärrat von Minbic angeschlossen und nehmen ihren Platz im Militärrat ein.

(ANF, 29.4., ISKU)

1. Mai: 200 Menschen in Istanbul festgenommen

Am 1. Mai wurden mehr als 200 Menschen in Istanbul von der Polizei festgenommen. Zuvor hatten die Beamten die DemonstrantInnen im Stadtteil Mecidiyeköy mit Tränengas und Gummigeschossen angegriffen, wie Reuters berichtete. Die Teilnehmer trugen Banner mit der Aufschrift »Lang lebe der 1. Mai – nein zum Diktator« und wollten damit zum Taksim-Platz ziehen. Dort wollten linke Gruppen trotz eines Verbots ihre Forderungen vorstellen. Der Taksim ist der traditionelle Kundgebungsort der Arbeiterbewegung in der Türkei. Auf den Tag genau vor 40 Jahren hatte dort eine vom USA unterstützte Konterguerilla ein Massaker an Gewerkschaftern verübt, bei dem drei Dutzend Menschen ums Leben kamen. 2013 wurde der Platz zum Symbol des Protests gegen die autoritäre Herrschaft von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan und seiner regierenden AK-Partei. Seitdem wurden die Rechte von Frauen, Arbeitern und ethnischen und religiösen Minderheiten weiter geschleift.

(jW, 2.5., ISKU)

Großer Schlag gegen die Pressefreiheit in Europa:

Eutelsat will auf Befehl Erdogans weitere kurdische Fernsehsender sperren

Der Satellitenbetreiber Eutelsat möchte aufgrund eines Beschlusses der türkischen Aufsichtsbehörde für Radio und Fernsehen (RTÜK) die Ausstrahlung der kurdischen Fernsehsender Ronahi TV, NewsChannel und Sterk TV einstellen.

In der Türkei wurden im vergangenen Jahr 150 Fernseh- und Radiostationen sowie Tageszeitungen verboten. Hunderte Journalisten verloren daraufhin ihre Arbeit. Laut „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) ist die Türkei eines der Länder, in denen es keine Pressefreiheit gibt. In der Aufreihung der 180 Länder, in denen die Pressefreiheit beschnitten wird, liegt die Türkei auf Platz 155.

Unter dem Erdogan-Regime wird die Unterdrückung und Verfolgung der kritischen Stimmen und der Opposition auch außerhalb der Türkei ausgeweitet; sie sollen sowohl im Inland als auch im Ausland mundtot gemacht werden. So hat die staatlich-türkische Aufsichtsbehörde RTÜK ein Verbot der in Europa sendenden kur-

dischen Fernsehsender beschlossen und den zuständigen Institutionen in Europa mitgeteilt. Sie übt ohne die Zustimmung der Lizenzbetreiber der jeweiligen Länder Druck auf den Satellitenbetreiber aus, die Ausstrahlung der kurdischen Sender einzustellen. Bereits im Oktober 2016 hat Eutelsat die Ausstrahlung des in Belgien ansässigen kurdischen Nachrichtensenders MedNuce TV und des aus Stockholm arbeitenden Kanals Newroz TV auf Antrag der Erdogan-Regierung gestoppt.

Mitte November hat ein Pariser Gericht den Stopp der Ausstrahlung durch den Satellitenbetreiber Eutelsat für unrechtmäßig erklärt und zu einer Entschädigungszahlung verurteilt, die bis heute nicht umgesetzt wurde. Eutelsat ist der drittgrößte Satellitenbetreiber der Welt und wurde als internationale Organisation durch eine Regierungsvereinbarung zwischen 26 europäischen Staaten gegründet. Über die Satelliten von Eutelsat sind Fernsehprogramme in Europa, dem

Mittleren Osten, Afrika, Indien und einem großen Teil Asiens und Amerikas zu empfangen. Die türkische Regierung hat jetzt mit derselben Vorgehensweise erneut den Satellitenbetreiber aufgefordert, die Sendungen der über Hotbird laufenden kurdischen Fernsehsender Ronahi TV, NewsChannel und Sterk TV einzustellen. Daher rufen wir alle Medienvertreter, NGOs, Parlamentarier, Menschenrechtsaktivisten sowie internationale und nationale Organisationen dazu auf, sich mit den kurdischen Sendern zu solidarisieren und dem Druck der Türkei nicht nachzugeben. Die Türkei handelt erneut gegen die Pressefreiheit und den geltenden Rechtsstandard. Es darf nicht hingenommen werden, dass die Türkei ihre verfolgungs- und verbotspolitik gegen kritische Medien nach Europa transferiert. Die Meinungs- und Pressefreiheit sind Grundrechte, welche für alle gelten müssen.

Unterzeichnet die Online-Petition: www.protest-eutelsat.com (NAV-DEM, 3.5., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA CivaKa Azad
YÖP Yeni Özgür Politika
ÖD Özgürlükçü Demokrasi
jW junge Welt

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

IBAN: DE42370100500003968506

BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org